

Jürgen Fuchs: *Magdalena, MIS - Memphis-blues - Stasi - Die Firma - VEB Horch & Guck*, Berlin 1998, 511 S., 45.- DM

Ich weiß nicht, was Jürgen Fuchs veranlaßt, sein neues Buch „Magdalena“, eine Art Tagebuch seiner Tätigkeit in der Gauck-Behörde, unter der Bezeichnung Roman zu veröffentlichen. Denn ein Roman ist es noch weniger als seine zwei Vorgänger „Fassonschnitt“ (1984) und „Das Ende einer Feigheit“ (1988). Alle drei wären besser charakterisiert mit dem Titel seines ersten Bands „Gedächtnisprotokolle“ (1977), denn das sind im Grunde alle seine Texte, ob Lyrik oder Prosa. Solche Gedächtnisprotokolle sind, durch Autoren wie Egon Erwin Kisch oder Günter Wallraff beglaubigt, ein eigenes literarisches Genre, und Jürgen Fuchs ist einer der wenigen Autoren, die es beherrschen.

So könnte man „Magdalena“ ein Stück operativer Literatur nennen, wenn der Begriff des Operativen nicht durch die *Operativen Vorgänge* der Staatssicherheit so fatal besetzt wäre. Jürgen Fuchs war selbst - und macht dies zum Gegenstand seines Buches - Objekt solcher Vorgänge mit den Titeln „Opponent“ und „Spinne“. Einen anderen teilen wir uns beide, den „OV Kontakt“, mit dem Mielkes Ministerium die Ost-West-Kontakte aufrollen wollte, die zwischen westdeutschen Schriftstellern und dem Freundeskreis um Wolf Biermann, Robert Havemann und Jürgen Fuchs bestanden.

Für einen der Beteiligten, Matthias Domaschk aus Jena, ist dieser *operative Vorgang* tödlich verlaufen: Er soll sich, nach Festnahme und nächtlichem Verhör, in Stasi-Gewahrsam erhängt haben - sagt die Staatssicherheit und bestätigen die von ihr bestellten Gutachter. Nur daß sich Gutachter und obduzierende Ärzte abwechselnd widersprechen oder durch Vergeßlichkeit decken und das ursprüngliche Sektionsprotokoll die Möglichkeit eines Fremdverschuldens (durch Erwürgen) offenläßt. Jürgen Fuchs hat nicht nur einen Teil seiner Zeit in der Gauck-Behörde darauf verwandt, die Hintergründe und Widersprüche aufzuklären, sondern läßt uns auch auf 70 quälenden Seiten seines Romans

daran teilnehmen, dem er im Text die Widmung mitgibt: „... für Euch schreibe ich. Für Dich. Matthias Domaschk, für dich politischen Häftling. Und für deine Tochter Julia. Und für Renate“ (deren Mutter).

Also doch ein Stück operativer Literatur, die Mielkes Begriff von Operativität vom Kopf auf die Füße stellt. Aber warum dann Roman genannt? Aus Verkaufsgründen, weil der Verlag einen Roman verlangte? Das paßt nicht zu Jürgen Fuchs, der noch nie eine Zeile geschrieben hat, um zu verkaufen. Oder weil fiktionale Literatur nicht den Dienst- und Genehmigungspflichten der Gauck-Behörde unterliegt? Immerhin gibt Jürgen Fuchs mittels des Kunstgriffs der Fiktion Namen, Vorgänge und Unterlagen aus der Arbeit der Behörde preis, die folgenreiche Vermutungen begründen, zum Beispiel ein Stasi-Dokument, in dem Dieter Lattmann, Mitgründer und erster Vorsitzender des westdeutschen Schriftstellerverbands VS, in indirekter Rede über seine Nachfolgerin Anna Jonas zitiert wird: Er habe „während seines Aufenthalts in der DDR ... die Leitung des Schriftstellerverbandes (*der DDR*) vor der Jonas gewarnt. Er äußerte, sie sollen vorsichtig sein in ihren Beziehungen zur Anna Jonas, ohne es schwarz auf weiß geben zu können, könne er sagen, daß sie für mehrere 'Dienste' der NATO arbeitet. Quellenschutz ist unbedingt erforderlich.“

Lattman wird ihm sein Dementi schwarz auf weiß geben. Ist es das, was Fuchs provozieren will? Und was will er bei der Gauck-Behörde provozieren, deren Tür er bei seinem Ausscheiden schon vernehmlich zugeschlagen hat? Was bei Joachim Gauck persönlich, den er als „weich“ und „eitel, dem gehobenen Parkett nicht abgeneigt“ vorführt, um schließlich die Frage aufzuwerfen: „Wie mutig war Gauck vor neunundachtzig?“

Dieselbe Frage stellt er auch seinem Kollegen Joachim Walther, der seine eigenen Recherchen in der Gauck-Behörde als 888-seitiges Sachbuch „Sicherungsbereich Literatur“ veröffentlicht hat und darin auch „Selbstvorwürfe wegen mangelnden eigenen Muts“ (als Lektor und Herausgeber im einstigen DDR-Verlag „Der Morgen“) einräumt.

Jürgen Fuchs porträtiert ihn dennoch als „hübsch distanziert“ und ironisiert ihn als bloßen Faktensammler: „So kann es acht-hundertachtundachtzig Seiten weitergehen, mit Personen- und Decknamenregister, alles wird zum Plural, zum Verzeichnis, zur Reihe ... Und der Oberlektor vom Buchverlag Zum guten Morgen?“ Aber der wurde selbst von der Stasi überwacht. Jürgen Fuchs ist nicht so unfair, das zu verschweigen. Er will nicht diffamieren oder denunzieren, er will etwas anderes: Betroffenheit herausfordern. Hier liegt vermutlich der Schlüssel, warum er sich für die Form des Romans entschieden hat, (die ihm, um es zu wiederholen mißglückt ist): als Medium der Subjektivität, der Selbstbefragung ebenso wie der Ansprache der Leser ad personam. Daher auch das Wortspiel im Titel, der das einstige StaSi - „Objekt“ Magdalenenstraße - heute Quartier der Gauck-Behörde - gleichsam personalisiert. Mielkes Untaten sollen nicht als Aktenvorgänge und bloßer Forschungsgegenstand, sondern als Eingriffe in Menschenleben erfahren werden. Fuchs will persönlich betroffen machen und Betroffenheit zeigen.

Das ist nicht unbedingt eine gute Voraussetzung für Literatur. So sind gerade die Partien seines Buches mißlungen, die den Leser mit den Stilmitteln eines Wolfgang Borchert zum Teilnehmer oder gar Mitangeklagten seiner Ermittlungen machen wollen; Fuchs bedient sich dabei sogar der Figur Beckmanns, des nach Antwort suchenden Kriegsheimkehrers aus "Draußen vor der Tür". Besser geglückt sind im Gegenteil die wirklich fiktiven Passagen des Buches: Etwa wenn Jürgen Fuchs imaginäre Verhöre bei seiner geplanten eigenen, aber vermiedenen zweiten Verhaftung auf der Transitstrecke erfindet - oder sollte man sagen erdichtet, denn sie sind aus hundertfach erlebter Wirklichkeit abstrahiert und dadurch verdichtet; oder wenn er einmal soviel ironischen Abstand findet, den Oberspion und Hobbykoch Markus Wolf und seine Leute als böse Köche zu porträtieren: „Der nette Koch trug mitunter Uniformen, operettenhaft wirkende Orden, und immer eine Brille... Der Koch ist ein Fernsehkoch, er blieb lange im Verborgenen, machte sich rar.

Auch Marios Zauberer wartete hinter dem Vorhang. Sogar der Rechtsprofessor Wesel benötigte eine gewisse Zeit, bis er die Erkenntnis formulieren konnte, daß 'die Tätigkeit der Stasi nicht immer nur dem Reich des Bösen angehört haben müsse, innerhalb der Stasi konnte auch Gutes getan, ja der Freiheit gedient werden'. In diesem Sinne: zu Tisch, meine Damen, meine Herren!"

Soll man als Leser da sagen: nein, meine Suppe eß ich nicht? Es ist schwer, sich diesem Buch, trotz seiner Schwächen, zu entziehen - obwohl oder weil es "nervt". Es trifft den Nerv, es verletzt den Nerv, und mancher wird es „entnervt“ beiseite legen. War ich nicht selbst oft versucht dazu? Ich erinnere mich gut, wie mich Jürgen Fuchs 1978 bedrängte, eine Pressemitteilung zurückzuhalten, daß Rudolf Bahro nach Mitteilung seiner Familie in der Stasi-Haft korrekt behandelt, jedenfalls nicht gefoltert wurde, wie Gerüchte wissen wollten. Woher ich wisse, daß sie nicht dennoch zuträfen? Die Stasi sei zu allem fähig. Ich hielt das für übertrieben und fand mich nach Bahros Ausreise sogar bestätigt. Wessen die Staatssicherheit tatsächlich fähig war, habe ich erst nach und nach erfahren - aus meinen und anderer Leute Akten, aus Veröffentlichungen der Gauck-Behörde, bei Joachim Walther und aus „Magdalena“ von Jürgen Fuchs. Keine angenehme Lektüre, so wenig wie „Draussen vor der Tür“, das sein Autor ein Stück nannte, „das kein Theater spielen und kein Publikum sehen will.“ Acht Jahre nach Borcherts Tod war sein Thema - die Verantwortung eines Generals in Stalingrad für die Opfer seiner Operationen - so erledigt, daß Heinrich Böll 1955 schrieb, die Geschichte gehe „achselzuckend darüber hinweg. Pilatus wäscht seine Hände in Unschuld. Ein Name in den Büchern, „Stalingrad“ oder „Versorgungskrise“ - Wörter, hinter denen die Einzelnen verschwinden. Sie ruhen nur im Gedächtnis des Dichters, im Gedächtnis Wolfgang Borcherts, der nicht gelassen sein konnte.“ Kann man dem Wort Staatssicherheitsdienst, der Verantwortung des Armeegenerals Mielke und des Generalobersten Wolf gegenüber so gleichgültig sein?

Neulich las ich in Nossacks Tagebüchern, was für ein schlechtes Stück Borcherts Buch literarisch gewesen sei. Vielleicht hatte er recht. Vielleicht ist auch "Magdalena" ein schlechtes Buch. Von einem Autor, der nicht gelassen sein konnte.

Hannes Schwenger

Joachim Widmann: „Dich kriegen wir weich“. Berichte aus dem Alltag einer Diktatur. Bouvier Verlag, Bonn 1997, 285 S., 44,- DM.

Schaut man in die neuen Länder der Bundesrepublik, bekommt man den Eindruck, dort lebten zwei Arten von Opfern. Auf der einen Seite stehen medienbekannte Oppositionelle, die sich mit alten Geschichten vom Widerstand politisch profilieren. Die andere, weitaus größere Gruppe besteht aus „Wendecopfern“, meist ehemalige Mitläufer oder gekränkte Karrieregenossen, die ihren Privilegien und alter Nestwärme nachtrauern.

Von beiden erzählt Joachim Widmann in seinem neuen Buch nichts. Statt dessen widmet er sich den Schicksalen nicht-prominenter DDR-Bürger. Zwei Jahre lang recherchierte der Publizist im Auftrag der „Märkischen Oderzeitung“ unbekannte Opferbiographien. Widmann, inzwischen Redakteur der „Berliner Zeitung“, zeichnet das Leid vergessener Staatsfeinde nach. Er berichtet von Diffamierungen, plötzlichen Verhaftungen, von offener und subtiler Gewalt, von Beschattung, „Zersetzung“ und Ausweisung aus der Heimat. Auf diese Weise enttarnt Widmann die lokalen Mechanismen des absoluten SED-Machtanspruchs. Es entsteht ein bedrückendes und zugleich beeindruckendes Buch über die Kälte, die einem in der DDR entgegen-schlagen konnte.

Die Schilderungen beginnen in der Aufbauphase des Sozialismus. Widmann zeichnet die Umgestaltung der ostdeutschen Gesellschaft exemplarisch nach. Er fördert die schweren politischen und sozialen Krisen der fünfziger Jahre zutage, die ihren Ausdruck in Hetzjagden auf Andersden-

kende und „Provokateure“ fanden. Einer von ihnen war nach Meinung der Staatssicherheit Helmut Padel, Tischler aus dem uckermärkischen Fürstenberg. Sein Verbrechen bestand darin, in seinem Garten verstreute Kriegstrümmer eingesammelt und aufbewahrt zu haben. Während der fünfmonatigen Untersuchungshaft preßte ihm die Stasi das Geständnis ab, die maroden Waffen sollten dem Kampf gegen den Arbeiter- und Bauernstaat dienen. Gemeinsam mit erfundenen Behauptungen genügte das, um Padel zu 18 Jahren Zuchthaus zu verurteilen. Die lokale SED-Presse schlachtete den Fall aus und urteilte: „Faschist geworden - Faschist geblieben“.

Widmann beschreibt solche Herabwürdigungen weitestgehend kommentarlos. Trotzdem erahnt der Leser die Pein der Opfer: besonders dann, wenn die Zustände in den Gefängnissen zur Sprache kommen. Minutiös werden seelische und körperliche Folter geschildert, wie am Beispiel von Fall Erna Wolfram, Gastronomin aus dem sächsischen Rathen. Fünf Jahre Haft waren ihr auferlegt worden, weil sie ihr kleines, selbst rekonstruiertes Kurhotel nicht zum FDGB-Gewerkschaftsheim umfunktionieren wollte. Ihr Mann bekam zwölf Jahre Knast, die beiden Kinder verschwanden in Stasi-Heimen. Während der Untersuchungshaft in Frankfurt/Oder in der quetschenden Enge der Kellerzellen gag es weder Hygiene noch Heizung. Nachts wurde das Licht nicht abgeschaltet. Am Morgen mußte im Stehen Meldung gemacht werden, auch von kranken und hochschwangeren Frauen. Zu den Schikanen kamen stundenlange ungezählte Verhöre. Informationen über ihre Kinder bekamen sie nicht. Helmut Padel saß währenddessen im Zuchthaus Brandenburg ein, mit regelmäßiger „Seelenfilzung“ durch die Staatssicherheit.

Widmann reiht die Biographien aneinander. Immer mehr Menschen kommen dazu, immer neue Geschichten. Zerstörte Träume und hilflose Wut füllen die Seiten. Eine Lawine des Schmerzes rollt auf den Leser zu und es prallt nicht ab. Der Autor beschreibt die Haftbedingungen in klaren

Worten. Er faßt sich kurz, ohne ungenau zu werden. Absätze enden meist mit Zitaten ehemaliger Häftlinge, etwa: „Das Eis an der Fensterwand war fingerdick.“ oder „Wenn man zum Kübel wollte, mußte man aufpassen, keinem auf den Kopf zu treten.“ Das wirkt ohne Kommentar.

Die Phase nach dem Mauerbau kommt in Widmanns Buch etwas zu kurz. Offensichtlich mangelte es in der Zeit nach 1961 an drastischen Beispielen sozialistischer Willkür. Staatsmacht und Volk begannen sich zu arrangieren. Das Interesse an der großen Politik wich dem Streben nach dem kleinen Glück. Die Staatssicherheit verfeinerte ihre Methoden, erreichte gewissermaßen ihre „Reife“. Mit Rücksicht auf das internationale Ansehen verlegte sich der Geheimdienst auf die „operative Zersetzung feindlich-negativer Kräfte“. Widmann schildert unter anderem das Vorgehen gegen Wolfgang Wüstefeld, Bauingenieur mit katholischem Glauben. Insgesamt 21 Inoffizielle Mitarbeiter beschatteten ihn zwischen 1964 und 1987. Telefone wurden abgehört, Briefe geöffnet, Freunde observiert, das Konto kontrolliert, die Wohnung „konspirativ durchsucht“. Man behinderte die berufliche Karriere und pfuschte ins private Leben. Den drei Töchtern wurde das Abitur verwehrt, der Sohn durfte nicht studieren. Es gab genügend solcher Fälle, besonders zum Ende der DDR hin. Hier hätte Widmann mehr anschauliche Beispiele bringen können. Immerhin füllt er die Lücke mit der ausführlichen Dokumentation eines Ausreiseantrags, der dem Antragsteller und seiner Frau 1982 den Operativen Vorgang „Heuchler“ sowie sieben Monate Haft einbrachte. Bei der Ausweisung fragte der Grenzer: „Schämen Sie sich nicht?“

Widmann beläßt es nicht beim Erzählen persönlicher Geschichten, sondern setzt die Biographien in den politischen Zusammenhang. Die vielen kleinen Rädchen werden sichtbar, die das System am Leben hielten. Schwammige Verfassungsartikel und ein undeutlich formuliertes Strafrecht bildeten das Fundament permanenter Rechtsunsicherheit. Justiz und Presse waren handver-

lesene, ideologisch geschulte und ständig kontrollierte Organe. In den Fluren der Behörden machte sich vorauseilender Gehorsam breit. Die Staatssicherheit hielt das Volk mit der Legende der totalen Überwachung in Schach. Das Netz der Inoffiziellen Mitarbeiter legte sich wie ein unsichtbarer Schatten über die Gesellschaft.

Der Bezug der Einzelschicksale zum politischen System ist die Stärke des Buchs. Durch den Rückgriff auf Stasi- und Gerichtsakten gelingt es Widmann, die geballte Macht des Staatsapparates darzustellen. Mit Zeitungsartikeln und ideologischen Lehrbüchern illustriert er die Rolle der Opfer und die Ziele der Täter. Beispielsweise wird das Treiben der Staatssicherheit mit Zitaten aus ihrem „Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“ unterlegt. Darin heißt es unter anderem: „Ziel der Zersetzung ist die Zersplitterung, Lähmung, Desorganisation und Isolierung feindlich-negativer Kräfte.“ Was das für die Betroffenen bedeutete, schildert Widmann in eindrucksvoller Weise.

Das Verknüpfen der Opferbiographien mit den Systembedingungen dient dem Anspruch des Buches, den ostdeutschen Staat als Diktatur zu charakterisieren. „Unrecht und Willkür waren Alltag in der DDR“, konstatiert Widmann. Wer das Buch liest, kann ihm schwerlich widersprechen. In einigen Passagen erweist sich das Postulat jedoch als Handicap. Bei dünner Aktenlage nimmt Widmann kurzerhand prominente Unrechtsfälle in seine Beweisaufnahme auf. Dann müssen Prozeßakten von Robert Havemann oder Walter Janka herhalten, um allgemeine Aussagen über die Stasi-Methoden zu erhärten. Auch manch überflüssiges Zitat aus dem politischen Wörterbuch der „Firma“ überdeckt kleinere Lächer in der Argumentation. Trotz dieser Ungenauigkeiten beeindruckt Widmanns Arbeit. Seine Recherchen sind präzise. Die Ergebnisse werden überzeugend präsentiert. Statt mit erhobenen Zeigefingern zu schulmeistern, beschränkt sich der Publizist auf Lebensberichte und politische Zusam-

menhänge. Seine Darstellung wirkt authentisch, intensiv und gut lesbar.

Im letzten Abschnitt des Buches kommen die Opfer noch einmal zu Wort. Sie berichten von ihren heutigen Empfindungen. Nach Jahrzehnten des Schweigens haben viele ihre traumatischen Erinnerungen noch nicht verarbeitet. Verwehrte Berufschancen und vertane Jahre bleiben für immer auf der Sollseite ihres Lebens, ebenso wie entzogenes Eigentum oder verlorene Freunde. Immerhin konnten die eigenen Biographien moralisch zurückgewonnen werden. Nun haben die Täter dunkle Flecken im Lebenslauf. Daß sich einige von ihnen plötzlich als Opfer gerieren, ruft Wut und Verzweiflung bei den Betroffenen hervor. Die meisten verfolgen die aktuellen Debatten um „Schlußstrich“ und Versöhnung mit leiser Ohnmacht. Angesichts des Siegeslaufs der „Ostalgic“ tun einige Opfer sogar etwas, was sie in der DDR stets unterließen: Sie resignieren. Angela Peukert, deren Familie jahrelang im Fadenkreuz der Staatssicherheit stand, meint inzwischen: „Manchmal will ich von all dem Alten gar nichts wissen.“

Robert Ide

Detlef Pollack, Dieter Rink (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989, Campus Verlag Frankfurt a. M./New York 1997, 367 S., DM 68,00

Das Thema Widerstand und Opposition in der DDR hat auch gegen Ende der 90er Jahre immer noch Aktualität und Brisanz. Vom Staatsrechtler Ulrich K. Preuß stammt in diesem Zusammenhang der Ausspruch, daß moderne Wissenschaft kein wirklich sicheres Wissen produziere, sondern sich "stets in einem offenen Horizont der unabgeschlossenen und unabschließbaren Erkenntnis" vollziehe.¹ Dies trifft auch im vorliegenden Fall zu. Zeitgeschichtsforschung und Öffentlichkeit ringen um Ge-

schichtsbilder, Geschichtspolitik und historisches Selbstverständnis und um deren Politikrelevanz. Die Herausgeber warnen vor einer Idealisierung der Oppositionsbewegungen. Die Geschichte der DDR dürfe nicht von ihrem Ende her geschrieben werden. Das Ende der DDR sei nicht die ausschließliche und unmittelbare Folge jahrelanger Oppositionsarbeit.

Herausgegeben wird der Sammelband von zwei aus der DDR stammenden Sozial- und Religionswissenschaftlern. Er diskutiert und resümiert in insgesamt 15 Beiträgen den Forschungsstand zu Protestformen in der DDR in den 70er und 80er Jahren. Gleichzeitig wird auch ein Diskussionsanstoß für eine Forschungsperspektive gegeben, die gegenüber der historisch-politologischen die politisch-soziologische Perspektive der DDR-Forschung betonen will: Fallstudien (Mikroebene) und strukturelle Fragestellungen sollen stärker aufeinander bezogen werden. Der Sammelband schließt daher eng an zwei frühere Bände an, die jeweils eine der beiden Forschungsrichtungen repräsentieren: den von Ulrike Poppe und anderen und den vom Mitherausgeber Pollack und seinen Kollegen.²

Untergliedert ist der Sammelband in vier Teile: Einem einleitenden Kapitel zum Forschungsstand und zur methodisch-begrifflichen Problematik von Opposition folgt eines, in dem unterschiedliche Formen des Protests dargestellt werden, ergänzt durch einen dritten Teil mit Regional- und Fallstudien. Der abschließende vierte Teil unternimmt Versuche, die empirischen Forschungsergebnisse und Darstellungen in theoretisch höchst unterschiedlichen Feingriffen zu verarbeiten. Der Sammelband verhält sich zu der gerade erschienenen Ge-

¹ Preuß, Ulrich K.: Die europäischen Revolutionen des Jahres 1989; in: ders.: Revolution, Fortschritt und Verfassung, Berlin 1990, S. 69.

² Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995; Findeis, Hagen/Pollack, Detlef/Schilling, Manuel: Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden?, Leipzig/Berlin 1994.

schichte der DDR-Opposition³ dazu gleichsam wie ein Experimentierfeld - beide verweisen produktiv aufeinander.

Die Herausgeber betonen in ihrem Eingangsbeitrag, daß der "Wandel des politischen Charakters von Opposition und Protest in der DDR ... vor allem mit dem Wandel der politischen Rahmenbedingungen" zusammenhänge (S. 11), ferner, daß das repressive und homogenisierte System der DDR Abweichungen bis hin zum Widerstand geradezu selbst produzierte. Daraus folge methodologisch: "Je weiter der Widerstands- und Protestbegriff gefaßt ist, desto mehr an Widerstand und Protest wird die Forschung in der Geschichte der DDR auffinden." (S. 7) Dieses Leitmotiv wird in den jeweiligen Beiträgen unterschiedlich durchgespielt.

Viele der Autoren differenzieren politische Opposition, Widerstand, Verweigerung, Dissidenz und sozialen Protest. Helena Flam beispielsweise sieht vor dem Hintergrund dieser Differenzierungen zwischen der ostdeutschen und polnischen Opposition, neben allen bekannten Unterschieden, vor allem Differenzen im Hinblick auf die moralisch-politische "Ehre" und die geschlossene "Sinnwelt" der Opposition (S. 145ff.). Hilfreich zur Klärung der Grundbegriffe und methodologisch herausragend ist der Beitrag von Bernd Stöver zur Historiographie des Widerstands im Nationalsozialismus und in der DDR. Er führt u.a. aus, daß es oftmals eines Initialerlebnisses zum Übergang von alltäglicher Verweigerung und/oder Widerstand zu politischer Opposition bedurfte und dieser Übergang nicht statisch zu fassen sei, "weil gerade die Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Regimegegnern häufig Maßnahmen waren, die den Übergang zum politischen Widerstand erst auslösten." (S. 36)

Dieter Rink läßt alle wichtigen Strömungen von Opposition und Widerstand in Kultur, Gesellschaft und Kirche in den 70er und 80er Jahren Revue passieren und arbeitet

die Besonderheit des Protests von Kirchengruppen und Theologen heraus: "Den führenden Kern in den Gruppen dominierten Theologen, Theologiestudenten und kirchliche Mitarbeiter, die den christlichen Hintergrund der Gruppen prägten, was die Ausbildung eines Selbstverständnisses als politische Opposition eher behinderte. Das Selbstverständnis dieser Gruppen war bis unmittelbar vor dem Herbst 89 vielmehr das einer politischen Gegenkultur." (S. 56f.) Interessant ist seine Interpretation des Verhältnisses von Ausreiser- und Oppositionsgruppen. Er sieht in der Ausreise einen gewichtigen oppositionellen Akt. Nicht wenige der Antragsteller und Ausreiser waren bei den Leipziger Montagsdemonstrationen und schließlich hätten sich einige der (Zwangs-) Ausgereisten vom Westen aus für die Anliegen der oppositionellen Gruppen eingesetzt: "Die Antragsteller und Ausreiser haben die Handlungsspielräume für oppositionelles und widerständiges Verhalten in der DDR erweitert, für Innovationen in der Radikalität und den Formen des Protests gesorgt, Öffentlichkeit für die Anliegen und Themen der Gruppen hergestellt und nicht zuletzt die Frage nach der Reformierbarkeit der DDR virulent gehalten..." (S. 71f.) Michael Haspel untersucht im Anschluß den Wandel der politischen Diakonie des DDR-Protestantismus und hebt die "Kontextuelle Theologie" als "Kirche für andere" (S. 86f.), d.h. für den Menschen und die Gesellschaft, hervor. Der Beitrag verdeutlicht insbesondere das in diesem Sinne zu verstehende Engagement von Theologen wie Heino Falcke (Probst in Erfurt), Rainer Eppelmann und Christof Ziemer (Superintendent in Dresden) in den Bereichen Gerechtigkeit, Ökologie, Frieden und Ökumene. Nicht ganz einleuchtend ist, warum Haspel zur Analyse der Kirchen in der DDR auf die Systemtheorie von Helmut Willke und die Kommunikationstheorie von Jürgen Habermas zurückgreift: "Theorien langer Reichweite" müssen, so reflektiert sie auch sein mögen, für eine auf sie "passende" Empirie mittels vielerlei Vermittlungsschritten operationalisiert werden

³ Neubert, Erhard: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997.

(hermeneu-tische Verschränkung von Begriff und Sachverhalt). Die historische, juristische und politische Machtkonstellation, in der sich die Kirchen in der DDR befanden, kann so kaum erklärt werden.

Im Beitrag von Rainer Land wird das Dilemma der SED-Reformer entfaltet, die eben keine Opposition darstellten, aber für eine Modernisierung der DDR hinter verschlossenen Akademiertüren eintraten: "Man konnte die eigene politische Idee nicht konsequent entwickeln, ohne die mitgegebene politische Identität der eigenen sozialen Gruppe aufzugeben." (S. 141) Klaus Michael unternimmt den theoretischen und empirischen Versuch, die künstlerischen Szenen und Subkulturen in ihrem Verhältnis zur politischen Opposition zu verorten. Am ehesten sind für ihn Begriffe wie "kulturelle Dissidenz" (S. 109f.) und "zweite Kultur" (S. 122f.) aussagekräftig, da es sich in dem von ihm untersuchten Fall weniger um gezielte politische Opposition handelt. "Nachdem die Hoffnungen der frühen 70er Jahre gescheitert waren, den DDR-Sozialismus schrittweise zu demokratisieren, verlagerten sich viele kulturelle und künstlerische Aktivitäten entweder in den Schutzraum der Kirche oder in den privaten Bereich." (S. 118) In den 80er Jahren kam es dann, auch aufgrund eines Generationenwechsels, zu weiteren Differenzierungen in künstlerische, subkulturelle und partiell oppositionelle Milieus. Allerdings, so sein Fazit, blieb das Engagement von Schriftstellern und anderen Künstlern eher auf die Durchsetzung individueller Freiheiten und verbesserter, d.h. eigenständiger öffentlicher Wirkung beschränkt als auf politische Opposition ausgerichtet: kulturelle Dissidenz ist erst "in zweiter Hinsicht eine Protestkultur" (S. 123).

Die Regional- und Fallstudien zeichnen sich aus durch plastische und sorgfältig recherchierte Darstellungen. Josef Schmid schildert die wechselhafte Entwicklungsgeschichte sozial-ethischer kirchennaher Gruppen im Raum Dresden seit den 70er Jahren und verweist auf die lange Tradition der Friedensdiskussion, der ökumenischen

Aktivitäten und dreier ökologischer Arbeitskreise der Dresdner Kirchenbezirke. In allen Fällen sind es insbesondere Pfarrer, die durch ihr gesellschaftskritisches Engagement wesentliche Anstöße für das dauerhafte Engagement der Gruppen gaben und den Gruppen die notwendige Infrastruktur zukommen ließen. Lothar Probst analysiert Opposition und Widerstand in Mecklenburg-Vorpommern und kann überraschend verschiedene Protestpotentiale ausmachen. Er differenziert sie in Gruppierungen "weltanschaulicher und religiöser Dissidenz" (S. 192) mit antiinstitutioneller Politik, zu denen er kirchliche Basisgruppen seit Ende der 70er Jahre rechnet; sodann "institutionelle Basisgruppen" (S. 201) (AG Stadtökologie Warnemünde, Interessengemeinschaften Stadtökologie unter dem Dach der Gesellschaft für Natur und Umwelt beim DDR-Kulturbund); schließlich Formen des eher "unpolitischen, zivilen Widerstands" (S. 205), wie z.B. vereinzelter Protest gegen die Feindbildpropaganda bei der FDJ. Torsten Moritz arbeitet am Beispiel der Geschichte der Umweltbibliothek Berlin vor und nach 1989 die politisch relevanten "Tücken der Gruppendynamik" (S. 208) heraus. Er macht auf die nicht geringen Schwierigkeiten der Gründung im September 1986 in den Räumen der Zions-Kirchengemeinde aufmerksam. Vor dem Hintergrund von Interviews mit ehemaligen Mitarbeitern der Umweltbibliothek zeigt er, wie die vom Anspruch zwar offene, basisdemokratische, nichthierarchische und in AGs unterteilte Gesamtgruppe doch von charismatischen Führungspersönlichkeiten dominiert wurde. Politische Repression, Stasiunterwanderung (5 IMs!) und die nicht nur für die Oppositionsszene in Ost-Berlin wichtige Infrastruktur begünstigte die Entwicklung eines "Inneren Kreises", der die "Politik" bestimmte. Dessenungeachtet war, so Moritz in der Rückschau, die Umweltbibliothek nicht nur als politische Gruppe sondern auch als Freundeskreis von großer Bedeutung, weil er eine individuell hochgradig stabilisierende Wirkung auf die Mitglieder ausübte.

Im letzten Teil des Bandes versammeln sich Beiträge zur theoretischen Verarbeitung des Oppositionsgeschehens. Allerdings bleibt fraglich, worin die Relevanz des Beitrags von Kai-Uwe Hellmann zu "Protest in einer Organisationsgesellschaft" (S. 252ff.) besteht. Er bezieht sich auf Luhmann, Touraine und Pollack, kommt aber in seiner Analyse nicht über höchst allgemeine Einsichten hinaus, in denen Möglichkeiten von Protest formuliert werden, und worin die Funktion des Protests bestehen könne: "Heteronomie und Indifferenz" (S. 262) des Systems der DDR, Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, "Fremdreferenz im Protestverhalten" (S. 271), "Identitätsstiftung, Selbstbestimmung und Gemeinschaftsbildung" (S. 269) als Funktionen des Protests usw. Ähnlich problematisch ist der Beitrag von Karl-Werner Brand, der selbst gewisse Schwierigkeiten darin sieht, die Erklärungskraft des Konzepts zur Analyse neuer sozialer Bewegungen auf den Gesellschaftstyp der DDR anzuwenden. Er spielt fast das gesamte Analyseraster zur Erforschung dieser Bewegungen durch, kommt aber immer wieder zu dem Punkt, an dem er zugeben muß, damit zwar soziologisch die Bedingungen der Möglichkeit von Protest, Verweigerung, Widerstand und Opposition ausgelotet, aber noch lange nicht am konkreten Fall die innere Dramatik der Entstehung einer Oppositionslandschaft, geschweige denn den unterschiedlichen Charakter von Protestformen analysiert zu haben. Allein die Protestanlässe und Erscheinungsformen der Ökologie- und Friedensgruppen seien mit denen in der alten Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern vergleichbar, die Formen und Bedingungen der Konflikte selbst nicht.

Die Beiträge von Detlef Pollack und Jan Wielgoß zusammen mit Carsten Johnson entschädigen die Leser jedoch. Pollack arbeitet die systembedingte Widersprüchlichkeit der DDR am Beispiel einiger Spannungsfelder heraus (politische Homogenisierung und funktionale Differenzierung, Arrangement und Verweigerung, Westab-

grenzung und Westfixierung, Formalität und Informalität), die von der Einsicht ausgehen, daß das bürokratisch-repressive System nicht von einer einzigen Zentralstelle aus durchorganisiert werden kann. Diese Spannungsfelder seien gewissermaßen die strukturellen Ursachen von Protest, Verweigerung und Opposition. Sodann vergleicht er den Volksaufstand 1953 mit den Geschehnissen 1989, benennt zeit-, gruppen- und milieubedingte Unterschiede, Anlässe und Verlaufsformen und kommt zu folgendem Ergebnis: "Die Politisierung des Massenprotestes 1953 wie 1989 lag also vor allem darin begründet, daß man für die offensichtlich als unhaltbar angesehene Situation nur einen verantwortlich machen konnte: die Spitze der Partei. (...) Trotz ihres spontanen Charakters lagerten sich die Massendemonstrationen in der DDR an gegebene soziale Strukturen an. (...) Weder die Kirchen noch die Bauarbeiter brachten die Protestbewegung hervor, sie boten der Unzufriedenheit aber einen Kristallisationspunkt." (S. 313) In dem Beitrag von Wielgoß und Johnson wird das erst in jüngerer Zeit ausgearbeitete Konzept der „political opportunity structures“ auf die Geschehnisse in der DDR angewendet. Die Konstituierung der politischen Opposition im Verlauf des Jahres 1989 kann so als eine Reaktion auf günstige äußere Einflußfaktoren (globale und nationale) und eine sich schnell wandelnde politische Gelegenheitsstruktur (innere Destabilisierung) angesehen werden. Zwar hatte sie für die Aktivisten extreme Unkalkulierbarkeit der Handlungsfolgen zur Folge, die externe Mobilisierung gelang aber aufgrund der moralischen Vorschußlorbeeren: "Da sich die politischen Ziele der Gründungsinitiatoren der DDR-Opposition bekanntermaßen nur partiell mit den Präferenzen der anderen protestbereiten Bevölkerungsgruppen deckten, waren ihre späteren Mobilisierungserfolge in erheblichem Maße auf das mit diesem 'unternehmerischen Wagnis' vorübergehend erworbene moralische Kapital zurückzuführen." (S. 351)

Positiv ist festzuhalten, daß die Herausgeber in ihrem Einleitungstext offene Fragen an die Forschung zum Thema Protest und Widerstand in der DDR stellen, etwa zur Einheitlichkeit der Oppositionslandschaft vor 1989, zum Übergangsfeld von alltäglichem Widerstand zum bewußten Protest, zum Verhältnis von repressiver Gesellschaft und Möglichkeiten von Protest und zur Rolle der oppositionellen Gruppierungen im Umbruchsprozeß 1990. Weniger einleuchtend ist jedoch ihre Pauschalkritik an Ansätzen der Totalitarismusforschung, der sie vorwerfen, sie verstricke sich in "dichotomisches Denken" und beruhe auf einer unlogischen Prämisse: "entweder Anpassung oder Opposition" (S. 8); gleichzeitig sei nicht einsichtig zu machen, wie denn in einem totalitären Staat Widerstand und Opposition zustande kämen. Abgesehen davon, daß diese Unterstellungen auf tönernen Füßen stehen, wüßte man doch allzu gerne, gegen wen sie gerichtet sind. Meinen sie vielleicht die Arbeiten von Karl Wilhelm Fricke - er wird in diesem Beitrag nicht diskutiert - oder gar Analysen von Mitgliedern des Forschungsverbundes SED-Staat? Auffallend ist schließlich, daß in keinem Beitrag der Text von Rainer Eckert zu Opposition und Widerstand⁴ und nur an zwei Stellen entsprechende Arbeiten vom Forschungsverbund erwähnt werden.

Honi soit qui mal y pense ...

Matthias Manrique

⁴ Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition in der DDR. Siebzehn Thesen; in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 1/96, 44. Jg., S. 49-67.

erhältlich ist. Dankenswerterweise, möchte man meinen, denn das Thema Kinderbetreuung im Vorschulalter wird in der Forschung bisher eher zurückhaltend behandelt. Gerade deshalb ist zu bedauern, daß der Katalog die Erwartungen nicht erfüllt. Sicherlich ist es einfacher, den Betrachtern ein Thema in einer gut gemachten Ausstellung näher zu bringen als in einem Buch. Dennoch fällt hier auf, daß zwischen Ausstellung und Katalog eine Diskrepanz besteht. Nahm die Ausstellung ihre DDR-sozialisierten Besucher mit allen Sinnen hinein in die selbst erlebte Vergangenheit und ermunterte sie dann wohlthuend unauffällig zu eigener Reflexion, so bietet der Katalog fast durchgehend fertige Deutungen und moralische Bewertungen an. Darunter leidet sowohl das wissenschaftliche Niveau der Beiträge als auch ihre Authentizität.

Einzigste Ausnahme ist der sich erinnernde Bericht einer Kindergartenmutter, geschrieben von der Journalistin Gislinde Schwarz. Erfrischend realistisch erzählt sie von dem Streß, den Ängsten, aber auch den Erleichterungen, die mit der Unterbringung ihrer Kinder verbunden waren. Viele DDR-Mütter können sich darin wiedererkennen. Besonders gelungen finde ich die „Gliederung“ ihres Berichtes durch die typischen Kindergartenlieder, die erst wir lernten, dann unsere Kinder. Sind es doch gerade die früh gelernten Lieder, Geschichten, Riten, die in der tiefsten Schicht unserer Seele eingegraben sind und uns prägen, bevor wir lernen, die diversen „Über-Ichs“ in unserem Kopf zu sortieren.

Erschreckend oberflächlich ist dagegen der Artikel „Kindheit in der DDR“ von Dr. Agathe Israel, Chefärztin der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie im evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge in Berlin. In schulmeisterlichem Ton verkündet sie allgemein bekannte Wahrheiten (etwa: „Die Sauberkeitserziehung ist die erste eigentliche soziale Krise des Kindes in unserem Kulturkreis.“), pauschalisiert hemmungslos ihre Meinung, und schreibt immer unpersönlich in der „man“-

Monika Müller Rieger (Hrsg.): „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht...“ Zur Geschichte des Kindergartens in der DDR. Eine Publikation des Deutschen Hygienemuseums Dresden, Dresden 1997, 203 S., 18,- DM

Zur Ausstellung „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht“, die im vergangenen Sommer in Dresden zu sehen war, ist ein Katalog erschienen, der auch über den Buchhandel

⁴ Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition in der DDR. Siebzehn Thesen; in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 1/96, 44. Jg., S. 49-67.

Form. Völlig unverständlich bleibt mir ihre Psychogenese, in der sie von einer extrem kinderfeindlichen Entwicklung der Menschheit ausgeht, die erst in unserer Zeit zivilisiert wird („In der Antike bis zum 4. Jahrhundert war Kindermord legitim.“ Mehr hat sie über diese Zeit nicht zu sagen.) Hier wie im ganzen Artikel fehlen jegliche Quellenangaben für ihre Thesen. Das läßt vermuten, daß sie sich jedem wissenschaftlichen Diskurs entziehen will.

Wesentlich differenzierter berichtet da Prof. Hans-Dieter Schmidt, der Nestor unter den DDR-Entwicklungspsychologen, über „Kindbildvarianten in der DDR-Gesellschaft“. In guter Gewohnheit die verschiedensten Hintergründe und Möglichkeiten abwägend, formuliert er bündig und verständlich seine Thesen von den offiziellen und inoffiziellen Kindbildern und delegitimiert die pseudowissenschaftliche Psychopädagogik dieses Systems auf vorsichtig vornehme Art. Leider bleibt er sich nicht immer treu. Hat er in seinen Veröffentlichungen in der DDR mutig und geschickt gegen die herrschende Ideologie für die Anerkennung jedes Kindes als einmalige und unverwechselbare Persönlichkeit geworben, die nicht erst durch Erziehung zum ganzen Menschen wird, so lugt in seinem Katalog-Artikel doch an mancher Stelle wieder etwas von dem marxistisch-leninistischen Entwicklungs- und Machbarkeitsmodell hervor, etwa wenn er annimmt, daß das inoffizielle Kindbild bei Eltern und Erziehern die Durchsetzung des offiziellen verhindert habe. Es bleibt auch bei ihm ungeklärt, warum Menschen aus dem gleichen Elternhaus und im selben Kindergarten erzogen sich irgendwann in ihrem Leben in derselben Sache ganz unterschiedlich entscheiden. (Da tut sich für die Biographieforschung noch ein weites Feld auf.) Von der Freiheit des Menschen, Ja oder Nein zu sagen, von der Würde, mit der er schon geboren wird und die er nicht erst erlangen muß oder über die von (un-)menschlichen Institutionen nicht verfügt werden kann, ist auch hier nicht die Rede.

Eine völlig andere Haltung als der Katalogtitel vermuten läßt, vertritt Dr. Hilmar Hoffmann, Sozialpädagoge von der Universität Dortmund. Zwei Rechtfertigungsschienen bemüht er immer wieder. Erstens: Die pädagogischen Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung waren hervorragend und sind in der DDR nur schlecht verwirklicht worden. Die Unfähigkeit des Systems zu Veränderungen sei letztlich schuld an der starren und rigiden Erziehungspraxis gewesen. Als ob das Aufhalten von Entwicklung nicht eine der tragenden Komponenten des Systems gewesen wäre! Aufbau (mit Marxzitate beginnend) und Diktion („der kapitalistische Staat“) des Artikels lassen den politischen Hintergrund allzu deutlich hervorscheinen. Die Enquetekommission des Bundestages dient seiner Meinung nach nur der Pauschalabrechnung mit der DDR. Ganz makaber wird es da, wo er A. S. Makarenko, den Hauspädagogen des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes, unkritisch und unreflektiert als - leider schlecht kopiertes - Vorbild für die DDR-Pädagogik vorstellt.

Sein zweiter Verteidigungsstrang gilt den vielen engagierten und jetzt arbeitslosen Kindergärtnerinnen der Ex-DDR. Darin wird er unterstützt durch seine Kollegin Eva Grüber in ihrem Beitrag „Erzieherinnen im Osten“. Auch wenn in beiden Artikeln die Zumutungen in diesem Arbeitsfeld differenziert dargestellt werden, fehlt doch der Hinweis auf die vielen kleinen mutigen Verweigerungen gegenüber dem heiligen Plan und auf die couragierten Versuche vieler Kindergärtnerinnen, die Begabungen von Kindern zu fördern und die kleinen Persönlichkeiten zu achten. Ohne dies würden sich heute nicht so viele Menschen doch ganz gern an ihre Kindergartenzeit erinnern.

Angenehm zu lesen ist dagegen der Bericht über konfessionelle Kindergärten in der DDR von Ursula Hartmann und Christa-Maria Rahner. In einer etwas selbstgefälligen Art versuchen beide Frauen doch umfassend die Schwierigkeiten und die Chancen dieser Kinderbetreuung in der DDR

darzustellen und ihre eigene Arbeit, auch selbstkritisch, zu reflektieren.

Die angehängten Dokumente aus der Ausstellung sind recht gut ausgewählt, geben aber dennoch bei weitem nicht so einen eindringlichen Eindruck vom Kindergartenalltag wie die Ausstellung selbst.

Auch wenn es keine der Autorinnen direkt erwähnt hat: Die seelische Größe der kindlichen Persönlichkeit übersteht offenbar mehr Blessuren als ihr eine noch so repressive Pädagogik antun kann. Mit viel Barmherzigkeit und Verständnis haben die meisten Kinder ihre gestreßten Erzieherinnen ertragen und wenn eine Überprüfung „vom Bezirk“ kam, sich so verhalten, wie die das erwarteten. Sie haben die Lieder gelernt, die Panzer gezählt und auch überstanden, mit allen anderen in der Gruppe stets das gleiche Vorgeschriebene tun zu müssen. Das was sie zu einer einmaligen unverwechselbaren Person gemacht hat, die lieben und vertrauen kann, die kreativ sein kann und gerne lebt, ist längst gelegt gewesen, bevor das Kind in den Kindergarten kam.

Renate Ellmenreich

Barry McLoughlin, Hans Schafranek, Walter Szevera: Aufbruch Hoffnung Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925-1945, Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 64, 717 S., herausgegeben vom Verein Kritische Sozialforschung und Politische Bildung, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1996.

Neben den Publikationen von Peter Huber⁵ und Carola Tischler⁶ liegt mit dem Buch der Österreicher Hans Schafranek und Walter Szevera sowie des Iren Barry McLoughlin eine weitere umfassende län-

derspezifische Studie zum Thema deutschsprachige Emigration in der Sowjetunion vor. Die etwa fünf Jahre währende Arbeit an dem Projekt über das individuelle und kollektive Schicksal Tausender Österreicher im vermeintlichen „Vaterland aller Werktätigen“ wurde von staatlichen Institutionen, kommunalen Einrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen und einzelnen Persönlichkeiten großzügig gefördert und finanziert. Nach Auskunft der Autoren wird Inhalt und Struktur des voluminösen Werkes von den erschlossenen Dokumenten aus Archiven in Berlin, Bonn, Moskau und Wien, den dargebotenen Materialien von Zeitzeugen bzw. den ausführlichen Interviews bestimmt. Aus dieser Herangehensweise resultierende Lücken in der Darstellung wurden bewußt in Kauf genommen.

Neben der Dokumentation des Lebensweges einzelner Personengruppen in der UdSSR und der Behandlung von Querschnittsthemen werden, ausgehend von der politischen und wirtschaftlichen Situation in Österreich und in der Sowjetunion, ausführlich die Hintergründe und Voraussetzungen der Emigration sowie ihre Vorgeschichte erläutert. So kommt Schafranek in seinem Beitrag über die österreichischen Arbeiterdelegationen beispielsweise zu dem nicht überraschenden Schluß, daß „die positiv erlebten Eindrücke [ihrer Teilnehmer - P. E.] sicherlich eine gewisse Rolle als Motiv für die spätere ... Emigration in die UdSSR“ spielten (S. 31). In einer weiteren Recherche schildert Schafranek den Versuch wagemutiger Österreicher, in den Jahren 1926/27 in Ksyl-Orda, im Süden von Kasachstan, eine landwirtschaftliche Ansiedlung zu gründen. Das Projekt der „Uhlfeld“-Kolonie scheiterte bereits nach einem knappen Jahr an den schweren Lebensbedingungen, der chronischen Finanznot und den ständigen Konflikten unter den Einwanderern.

Den größten Teil der Österreicher und Österreicherinnen in der Sowjetunion stellten die hauptsächlich in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre eingereisten

⁵ Peter Huber: *Stalins Schatten in der Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern*, Zürich 1994.

⁶ Carola Tischler: *Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945*, Münster 1995.

Facharbeiter und ihre Familien. Szevera bezeichnet die Auswanderung dieser einige tausend Personen umfassenden Gruppe als „eine mittel- bzw. langfristige Migration“ (S. 80). Minutiös beschreibt und analysiert er die Arbeits- und Lebensbedingungen (Arbeitsverträge, Löhne, Steuern, Versicherung, Preise u. a. m.) der Facharbeiter und Spezialisten. Bis 1935 konstatiert Szevera im Vergleich mit der kulturellen Betreuung ein eher sekundäres Interesse der KPdSU(B) an der politischen Beeinflussung der ausländischen Werktätigen (S. 112 ff.). Nach Angaben des Autors wurden von 1928 bis 1939 nachweislich 229 österreichische Facharbeiter von den sowjetischen Sicherheitsorganen verhaftet (S. 143). Unbeantwortet bleibt in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit betroffene Personen in die von deutschen Firmen und österreichischen staatlichen Handelsorganisationen praktizierte Industriespionage involviert waren (S. 156). Auch konnte nicht ermittelt werden, wieviele der Inhaftierten zum Tode verurteilt wurden bzw. in einem Haftarbeitslager umkamen. Die meisten der verhafteten österreichischen Facharbeiter wurden auf Grund diplomatischer Bemühungen Österreichs bzw. Deutschlands nach einiger Zeit ausgewiesen oder während des Hitler-Stalin-Pakts an Deutschland übergeben (S. 157).

Dem Schicksal der etwa 750 Angehörigen des „Schutzbundes“, der Wehrorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und ihrer Familien, die nach den Februarkämpfen 1934 über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion emigrierten, ist der Beitrag von McLoughlin gewidmet. Er umfaßt die Hälfte der vorliegenden Publikation. McLoughlin macht deutlich, daß die sowjetischen Verantwortungsträger bei der Aufnahme der Schutzbündler - der größten Gruppe nichtkommunistischer Politemigranten - auch politische Ziele (öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung mit der „verräterischen“ Sozialdemokratie, Propagierung der bewaffneten Aktion, Abwerbung von sozialdemokratischen Parteimitgliedern) verfolgten. In der UdSSR trafen

die österreichischen Barikadenkämpfer auf große öffentliche Sympathie. Wie groß ihre Popularität war, zeigen nicht zuletzt die erfolgreichen Aufführungen des Schauspiels „Floridsdorf“ von Friedrich Wolf. Materialgrundlage für das Theaterstück lieferten umfangreiche Interviews Wolfs mit Schutzbündlern - unter ihnen der Kommandeur Heinz Roscher. Leider wird im Beitrag von McLoughlin diese interessante Episode aus der Schutzbund-Emigration nicht erwähnt. Weitschweifig beschreibt und deutet der Autor die innenpolitischen Verhältnisse und Prozesse (Wirtschaft, Produktion, soziale Probleme, sozialistischer Wettbewerb), mit denen die Schutzbündler im Gastland konfrontiert wurden. Dabei kommt es zu einer Reihe von unnötigen Überschneidungen mit dem Beitrag von Szevera über die Facharbeiteremigration. Bei der Schilderung des Alltags, der Privatsphäre und des Freizeitverhaltens hebt McLoughlin insbesondere den Beitrag der Schutzbündler bei der Entwicklung der sowjetischen Alpinistik hervor (S. 238 ff.). Hauptsächlich auf Grundlage von Komintern-Dokumenten und NKWD-Opferakten stellt der Autor die Auswirkungen der politischen Repressalien und des staatlichen Massenterrors in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre auf die Schutzbundemigranten dar. In diesem Kontext werden Erklärungsmuster für stalinistische „Säuberungen“ unterbreitet (S. 344 ff) und die Rolle der Moskauer KPÖ-Führung in diesen Prozessen beleuchtet. Hier untersucht McLoughlin auch die kaderpolitischen Hierarchien und die Überprüfungspraktiken der Komintern und der KPÖ-Führung sowie die Praxis der kommunistischen „Parteijustiz“ in den verschiedenen Schutzbundkollektiven. Neben einzelnen konkreten Angaben über deutsche Kommunisten erlaubt das offengelegte Quellenmaterial auch einige Rückschlüsse auf das Verhalten der KPD-Führung in der Moskauer Emigration. Für übertrieben hält es der Rezensent jedoch, daß bezüglich der Bemühungen um Freilassung verhafteter Kommunisten die KPD-Spitze gegenüber

der KPÖ-Führung als positives Beispiel herausgestellt wird (S. 433/434). Eine erschütternde Wirkung hinterlassen die biographischen Skizzen verhafteter Schutzbündler. Die Auszüge aus NKWD-Verhörprotokollen belegen immer wieder die Nichtigkeit der Haftgründe oder die abstrusen, konstruierten Beschuldigungen. Nach den Recherchen McLoughlins gerieten etwa 190 bis 220 männliche Schutzbundemigranten in die Fänge des NKWD. Davon wurden ca. 30 zum Tode durch Erschießen verurteilt und 46 im Zeitraum von 1939 bis 1941 an die Gestapo übergeben. Die Zahl der im Gefängnis bzw. im GULAG Umgekommenen bleibt auch weiterhin unbekannt.

Ein Mangel des Buches ist, daß die "Altkommunisten" unter den Emigranten - über 200 Personen (S. 467) - nicht wie die Facharbeiter oder die Schutzbündler als eigenständige Gruppe thematisiert werden. Der Leser erfährt nur am Rande etwas über deren Wirken in der Komintern und nichts über die literarischen und künstlerischen Aktivitäten von Österreichern in der Sowjetunion. Angaben von und über Hugo Huppert und Ernst Fabri dienen lediglich der Illustrierung. Den Namen des Komponisten Hans Hauska sucht man vergeblich im Register. Durch diesen "Mut zur Lücke" finden auch die Überlegungen in Kominternkreisen, reichsdeutsche, österreichische und tschechoslowakische Kommunisten nach 1938 in einer Partei zu vereinen - auf der Berner Konferenz der KPD Anfang 1939 wurde der KPÖ-Vorsitzende Johann Koplenig bereits zum Mitglied des ZK der KPD gewählt - keinen Niederschlag in der Publikation.

Neben den Ausführungen bei McLoughlin werden Aspekte der KPÖ-Emigration in einigen Querschnittsartikeln von Schafranek widergespiegelt. Sein Beitrag über die „Internationale Lenin-Schule“ liefert erstmals eine ausführliche Darstellung des österreichischen Sektors an dieser kommunistischen Kaderschmiede. An Hand von Fallbeispielen schildert er weiterhin das Los österreichischer „Altkommunisten“ wäh-

rend der Zeit des stalinistischen Terrors und wirft schlaglichtartig einen Blick auf die Welt des GULAG. Insgesamt geht er von etwa 600 Österreichern aus, „die in den Jahren 1933 bis 1945 verschiedenen Verhaftungswellen zum Opfer fielen“ (S. 505). Gleichfalls exemplarisch beschreibt Schafranek die Formen der sozialen Ausgrenzung und der politischen Repression, die die Angehörigen der Verhafteten erleiden mußten. Diese Praxis, bestehend aus Schikanen, Benachteiligungen und politischer Verfolgung, bezeichnet er, bezugnehmend auf einen Begriff des Nationalsozialismus, als „Sippenhaftung“ (S. 545 ff.). In dem abschließenden Beitrag, der den Zeitraum von 1941 bis 1945 umfaßt, thematisiert Schafranek die Evakuierung der österreichischen Politemigranten und ihren Einsatz in der Arbeitsarmee, in der Komintern-Schule in Kuschnarenkowo bei Ufa sowie als Propagandisten und Instruktoren unter den Kriegsgefangenen. Bei dem letztgenannten Schwerpunkt bleibt jedoch der aktuelle Forschungsstand unberücksichtigt. So wird vom Autor wieder die alte Legende aufgefrischt, daß die KPD-Führung im Zusammenhang mit der Gründung des NKFD 1943 „ohne Skrupel“ und unter Aufgabe „sämtlicher ideologischer Vorbehalte“ preußische Symbolik in ihrer Propagandaarbeit verwendete (S. 591).

Ergänzt werden die Texte der Publikation durch Tabellen, Diagramme und ausdrucksstarke Fotoreproduktionen. Gemindert wird der positive Gesamteindruck des Buches - der gilt auch für die Gestaltung des Schutzumschlages - allerdings durch die teilweise entstellende Wiedergabe und falsche Transkription russischsprachiger Begriffe und Bezeichnungen.

Peter Erler

Jeffrey Herf: Divided Memory. The Nazi past in the two Germanys. Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts, London 1997, 527 S., 68.-DM

Warum teilte sich die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus nach 1945 in Ost und West? Warum wurde die Thematisierung von Antisemitismus in der DDR unterdrückt, während es in der Bundesrepublik eine größere Bereitschaft zur Auseinandersetzung gab? Wie läßt sich die Zusammenhang zwischen Erinnerungspolitik und deutscher Diktatur einerseits sowie

Demokratie auf der anderen Seite beschreiben?

Herfs Arbeit trägt überzeugend zur Klärung der zu diesem Komplex gehörenden Fragen bei. Mit der Veröffentlichung liegt erstmals eine historische Untersuchung vor, die unter umfassender Einbeziehung privater und öffentlicher Schriftstücke die Analyse von Demokratie und Diktatur in den Zusammenhang mit politischer Erinnerung stellt. Der Autor findet überzeugende Verbindungslinien zwischen persönlichen Erfahrungen der handelnden Politiker und den eklatant voneinander abweichenden „Vergangenheitsbewältigungen“ in der DDR und in der Bundesrepublik.

Im Vorwort betont der Autor, daß es ihm vor allem um die Rekonstruktion der Offenheit vergangener Momente geht. Seine Sympathie gilt den allzu oft leise gebliebenen Stimmen der frühen Nachkriegsjahre, die ihrer Hoffnung „for a liberal democracy resting on clear memory and timely justice“ Ausdruck verliehen haben. So sehr ein Ansatz, der die Bedeutung der beteiligten Menschen betont, in der ansonsten abstraktionsverliebten Wissenschaft zu unterstützen ist, in Herfs Darstellung kommen jedoch Abhängigkeiten deutscher Nachkriegspolitik von alliierten Vorgaben zu kurz. Zwar sieht der Autor sehr wohl der Grenzen autonomer deutscher Nachkriegspolitikgestaltung, geht der Frage nach ihrem genauen Verlauf jedoch leider an keiner Stelle detailliert nach. In welchen Punkten hätten die zu Besatzungsmächten gewordenen Alliierten in West und Ost alternativen Optionen ihre Zustimmung versagt? Die Formierung der in der Nachkriegsarena agierenden Politikergeneration geschah vor 1933. Die verinnerlichten Traditionen und Ideologien aus dieser Zeit schufen den jeweiligen Rahmen, in dem in der Nachkriegszeit Sichtweisen sowohl über die NS-Verbrechen als auch über die Gegenwart entwickelt wurden.

Das Buch ist in neun aufeinander bezogene Kapitel gegliedert. Die ersten fünf Abschnitte sind den unterschiedlichen Aspekten und Einflußfaktoren der Erinnerungs-

politik in der SBZ/DDR gewidmet, um in den folgenden die bundesrepublikanische Erinnerungskultur dem kritischen Blick des Historikers zu unterziehen.

Am Anfang werden wir in die Erfahrungswelt der Moskauer Emigranten versetzt. Die Analyse orientiert sich an der Linie „Berlin-Moscow-East Berlin“ des dominanten Strangs des kommunistischen Antifaschismus aus der Weimarer Zeit, der im Moskauer Exil überlebte und sich nach 1945 definitionsmächtig in Ostberlin durchsetzen sollte. Während es Herf bei seinen Fragen zu allererst um den jeweils zugewiesenen bzw. teilweise sogar verwehrteten Stellenwert der Verfolgung des jüdischen Volkes geht, basieren die Analysen Thälmanns, Piecks und Ulbrichts fast ausschließlich auf den „Einsichten in die Notwendigkeit“ des Klassenkampfes. Die Teilung der Erinnerung in der Nachkriegszeit darf sich auf die Ideologie des kommunistischen Antifaschismus berufen: Die berühmte Definition des XIII. Plenums des EKKEI, daß Faschismus die am meisten diktatorische, terroristische und imperialistische Form des Finanzkapitals sei, eröffnete auf direktem Wege die Möglichkeit zur Delegation jeglicher Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen an die Bundesrepublik. Antisemitismus wurde, kommunistisch ideologisiert, auf religiöse Animositäten zurückgeführt, die mit Errichtung der klassenlosen Gesellschaft alsbald ihr Ende finden würden. Die Priorität lag in der Verteidigung der Sowjetunion gegen die nationalsozialistischen Invasoren. So fragt Anton Ackermann in seinem „Aufruf“ vom 13. Juni 1945 rhetorisch: „German workers! Could there be a greater crime than this war against the Soviet Union?“ (S.28) Herf kommt zu dem Schluß, daß sich sämtliche Texte der Moskauer Exilanten aus der Kriegs- und Nachkriegszeit durch eine bestimmte Vagheit auszeichnen, wenn es um die Identität der nationalsozialistischen Opfer geht. Hingegen variiert die Zuschreibung deutscher Verantwortung durchaus. Die im „Aufruf“ hervorgehobene Mitschuld und Mitverant-

wortung aller Deutschen steht im unaufgelösten Gegensatz zu der tradierten kommunistischen Lesart der begrenzten Schuld einer kleinen kapitalistischen Nazi-Clique. Der „Aufruf“ selbst konnte einerseits als Plädoyer für eine antifaschistische Demokratie gelesen werden, enthielt jedoch andererseits Rationalisierungen für die Etablierung einer diktatorischen Regierung (S.30). Die Führung sollte nun endlich den aufrechten Kämpfern gegen den Faschismus zufallen, die stets vor der Barbarei gewarnt hätten, aber nicht gehört worden seien (S. 31). Wenn Herf anmerkt, die Kluft zwischen demokratischer Absicht („democratic intent“) und realer diktatorischer Praxis („actual dictatorial practice“) sei das zentrale Thema des Kalten Krieges geworden (S. 37), so stellt sich mit Vehemenz die Frage, ob er den Einfluß der Sowjetunion nicht unterschätzt, die die Etablierung eines demokratischen Gemeinwesens nicht zugelassen hätte, selbst wenn „Ulbricht and his comrades“ eine Vereinigung aufrechter Demokraten gewesen wären.

Ganz anders als die Moskauer Exilkommunisten arbeiteten und lebten ihre nach Mexiko emigrierten Genossen mit jüdischen Exilanten zusammen. Am Beispiel der Biographien Paul Merkers, Leo Zuckermanns u.a. zeigt der Autor die nachhaltige Prägung durch diese Kooperationen und persönlichen Kontakte. Während Merker zwar ein enthusiastischer Unterstützer der kommunistischen Attacken gegen die Sozialdemokratie war, so positionierte er sich in der Frage des Verhältnisses der Deutschen zum Judentum ebenso eindeutig gegen die offizielle Parteilinie (S. 43). Als Westemigrant mißtrauisch beäugt, betonte er in vielen von Herf detailliert nachvollzogenen Schriften die unbedingte Notwendigkeit von Restitutionszahlungen an das jüdische Volk. Diese Meinung führte ihn in die Isolation und in den Strudel der Ende der vierziger Jahre einsetzenden Verfolgung der sogenannten „Kosmopoliten“ (S. 106). Der deutsche Nationalismus, antiwestliche und antilibérale Strömungen erfuhren mit dem einsetzenden Antagonismus zwischen Ost

und West eine gravierende Verstärkung. Mit dieser Entwicklung ging die zunehmende Marginalisierung des Holocaust in der offiziellen kommunistischen Erinnerungspolitik einher. Nachdem Ulbricht im Mai 1949 erklärt hatte, die gegenwärtige Haltung in der SBZ, nicht aber die vergangene während des Nationalsozialismus sei entscheidend, stand der Integration früherer NSDAP- und Regierungsmitglieder in die kommunistische Regierung nichts mehr im Wege (S.110/111).

Neben Merker wird Alexander Abusch vorgestellt, dessen Verhalten sich gerade im Vergleich zu den anderen „Mexikanern“ durch radikale Anpassungsstrategien auszeichnet. Im Gegensatz zu Merker, der nichtjüdischer Herkunft war, sich jedoch vehement für Entschädigungszahlungen und eine lebendige Erinnerungskultur einsetzte, verleugnete er sein Judentum radikal. Als ostdeutscher Kulturminister hatte er nicht nur Einfluß auf die Gestaltung der nationalen Mahn- und Gedenkstätten in Buchenwald und Sachsenhausen, sondern spielte auch insgesamt eine entscheidende Rolle bei der Unterdrückung jüdischer Holocaustopfer in der DDR.

Alle vorgestellten Biographien verdeutlichen auf unterschiedliche Weise, daß sich die ostdeutschen Kommunisten bei der Errichtung ihres deutschen Antifaschismus paradoxerweise von jeder Identifikation mit den Juden distanzieren. Der deutsche Sonderweg verlief in seiner DDR-Fassung in Form der behaupteten Verbindung „between Jews, capitalism, American-imperialism, (...) and Israel“, eine Verbindung die nicht neu war: „These traditions had, of course, been at the core of the ideological origins of National Socialism“ (S. 158). Leider beläßt es Herf bei diesem Hinweis auf diese direkte Verbindungslinie, ohne der Entwicklung einen eigenen Abschnitt zu widmen. In diesem Punkt rächt sich die Schwerpunktsetzung auf die vielen vorgestellten Biographien. Die historische Hintergrundanalyse kommt zu kurz.

Abusch, der die „kosmopolitischen“ Säuberungen überstanden hatte und als hoch as-

similierter Jude in der SED verblieben war, blieb völlig unbeeindruckt von der Demokratie in Westdeutschland. Aus seiner Sicht waren die westdeutsche Wiederbewaffnung „(...) and the admission into the NATO-alliance (...) the direct continuation of the so-called policy of the SS.“ (S. 169) Im Zentrum der Kritik standen der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke und der Vertriebenen-Minister Theodor Oberländer. Sowohl Globke - Kommentator der Nürnberger Gesetze und Verbindungsmann Eichmanns im Reichsinnenministerium - als auch Oberländer - hoch belasteter Wehrmachtsoffizier - wurden in den Adenauer-Staat integriert, um die Bereitschaft zur Aussöhnung mit den Tätern zu demonstrieren. Adenauer befürchtete im Falle der konsequenten Anklage und Verantwortungszuweisung die Gefährdung des inneren Friedens. Während Kurt Schumacher und Theodor Heuss für eine kontinuierliche Aufarbeitung deutscher Verbrechen plädierten, setzte sich Adenauer für eine schnelle Beendigung der Thematisierung der Nazi-Vergangenheit ein. Herf kommentiert treffend: „Silence won votes.“ (S. 203) Die Botschaft war einfach: Entweder sprach man offen über die verbrecherische Vergangenheit oder man gewann Wahlen, aber nicht beides auf einmal. Adenauer verschwieg die jahrhundertealte Tradition des christlichen Antisemitismus. Ebenso wenig hatte er für die Erwähnung der Kollaboration der Kirchen und die Konkordatspolitik übrig und gelangte so auf direktem Weg zur Restauration des „Christian natural right“ (S. 216) als Schlüssel zur Demokratie. Von den unmittelbaren Nachkriegstagen an nannte Adenauer die deutschen Soldaten Opfer des Nationalsozialismus und konnte sich dabei obendrein des Beifalls der deutschen Bevölkerung sicher sein. Der Kalte Krieg hat diese Linie nicht hervorgebracht, sondern ausschließlich verstärkt.

Bei Herf bleibt die zentrale Bedeutung des Wahlgewinns und die von Adenauer eröffnete Polarisierung „entweder Gerechtigkeit oder Demokratie“ bis auf wenige analytische Kommentare in der Beschreibung

stecken. Er steht der Adenauerschen Integrationspolitik zwar durchaus kritisch gegenüber, jedoch bleibt diese Kritik dazu blaß, wenn er betont, daß Adenauer viel mehr über die geschichtlichen Lektionen nachgedacht hätte als seine Reden und seine Politik erahnen ließen. Es soll hier nicht in Abrede gestellt werden, daß Adenauer ein hoch reflektierter Mensch gewesen ist und über die Verstrickung der Deutschen in Völkermord und Krieg nachgedacht hat (S. 213). Diese Überlegungen schlugen sich jedoch vorrangig in Form des Eintretens für die Integration belasteter Personen in seinem politischen Handeln nieder und müßten daher eher eine Fußnote in der Geschichte und in Herfs Arbeit bleiben. Im Gegensatz zu der von Adenauer bevorzugten pragmatischen Schweigetaktik im Sinne der Vermeidung rechten Protests diskutierten sowohl Theodor Heuss als auch Kurt Schumacher das unpopuläre Thema deutscher Schuld und Verantwortung. Heuss definierte Mut als die Fähigkeit, unliebsamen Wahrheiten ins Gesicht zu sehen, und plädierte für eine intellektuelle und moralische Konfrontation mit den Konsequenzen der nationalsozialistischen Verbrechen. Wenn Herf schreibt, diese Einsicht hätte die politische Kultur ebenfalls geprägt, so wurde diese Prägung erst Mitte der sechziger Jahr manifest. Trotz der von Adenauer verordneten Schweigepolitik kommt Herf zu der Einschätzung, die Nürnberger Prozesse, die westliche Besatzungspolitik, die Überzeugungen der deutschen Politiker und die Fähigkeit der jüdischen Überlebenden, ihre Stimmen hörbar einzubringen, hätten dazu beigetragen, daß die nationalsozialistische Verfolgung der Juden im Westen einen zentraleren Platz in der öffentlichen Diskussion einnehmen konnte als im Osten (S. 207).

Herf hat überzeugend nachvollzogen, wie sich persönliche Erfahrungen in politischen Überzeugungen niederschlugen, die die Politik der Erinnerung in der DDR und der Bundesrepublik maßgeblich prägten. Auch wenn die Abhängigkeiten der alliierten Politik im Detail nicht herausgearbeitet werden,

hat Herf in seiner umfassenden Untersuchung und genauen Quellenanalyse viele der aufgeworfenen Fragen beantwortet und neugierig auf weitere Forschungen zur Erinnerungspolitik in beiden Teilen Deutschlands und nach der deutsch-deutschen Vereinigung gemacht.

Das Buch erscheint in deutscher Sprache im Herbst 1998 beim Propyläen Verlag Berlin.

Petra Haustein